



**Infobrief Nr. 01/2008
für die Mitglieder des Zweckverbandes "Elektronische Verwaltung
in Mecklenburg-Vorpommern"**

Sehr geehrte Mitglieder,

nachfolgend möchten wir Sie über laufende Aktivitäten unseres Verbandes informieren. Ziel dieser Informationen ist es unter anderem, dass Sie dadurch auch gezielt mit der Geschäftsstelle Kontakt aufnehmen können, wenn Sie bestimmte Aktivitäten besonders interessieren.

Da Infobriefe zukünftig regelmäßig erstellt werden sollen, erwarten wir gern Ihre Hinweise zur zukünftigen Gestaltung und zum Inhalt.

1. Zertifizierung von Finanzsoftware

Mehrere Verwaltungen sind an den Zweckverband herangetreten sich mit der Thematik der Zertifizierung der Finanzsoftware zu befassen. Auch die AG der Kämmererämter hat dieses angeregt. Mittlerweile hat es einige Recherchen und auch schon Gespräche zu diesem Thema gegeben.

Unter anderem hat es in diesem Zusammenhang Kontakt zu SAKD und Kommit gegeben. Diese Einrichtungen prüfen und zertifizieren Software. So wird z.B. die SAKD für alle Verfahren in Sachsen tätig. Die SAKD würde den Zweckverband bei der Zertifizierung der Finanzsoftware gern unterstützen, jedoch hat der Landesrechnungshof Sachsen ein Tätig werden außerhalb der Landesgrenzen untersagt. Wir haben das hiesige Innenministerium gebeten, sich mit dem sächsischen Staatsministerium in Verbindung zu setzen, um eine Prüfung auch für Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen. Parallel dazu wird am 27.05.08 ein Gespräch zwischen dem IM (Herrn Lappat und Frau Sewing), dem Städte- und Gemeindegremium und dem Zweckverband geführt. Ziel der Beratung ist es, den Zweckverband mit der Zertifizierung für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu beauftragen. Wir werden im Falle der Beauftragung eng mit der KomFit aus Schleswig-Holstein zusammenarbeiten, um nicht beim Stande Null anzufangen. Hier geht es u. a. darum bestehende Prüfkataloge für Mecklenburg-Vorpommern anzupassen. Dabei wollen wir eng mit dem Gemeinschaftsprojekt NHKR zusammenarbeiten und bauen auch auf die Unterstützung der Praktiker aus den Reihen unserer Mitglieder.

Bei der technischen Prüfung kommen sowohl die TÜV-IT und/oder das DVZ in Frage.

2. Änderung des Personenstandsgesetzes

Zwischenzeitlich hat es zu dieser Thematik eine Abstimmung im Innenministerium gegeben. Der Zweckverband soll bei der Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes (PStRG) und den damit verbundenen EDV-technischen Lösungen eine bedeutende Rolle zugewiesen bekommen.

Am 15.05.2008 fand bzgl. der Umsetzung des PStRG ein weiteres Gespräch unter Hinzuziehung des Zweckverbandes und des DVZ statt. Das Innenministerium befasst

sich derzeit mit der Errichtung der sog. „Vermittlungsstelle“. Hierzu ist eine Projektstruktur erarbeitet worden, die aus einer Lenkungsgruppe (Städte- und Gemeindegang, Innenministerium, DVZ), einem Projektmanager (Dr. Siraf IM) einem Team für Organisation und Koordinierung und einem Team zur Umsetzung der Vermittlungsstelle besteht. Es wurde vorgeschlagen, dass der Zweckverband das Team Organisation und Koordinierung leitet und den Teammanager stellt. Aufgabe dabei wird es sein, die Erstellung der landesrechtlichen Vorschriften mit zu bearbeiten und entsprechend des Projektfortschrittes die Einbeziehung der Standesämter zu gewährleisten. Eingeschlossen ist die organisatorische Vorbereitung der Anbindung aller Standesämter an die Vermittlungsstelle. Die einzelnen Aufgaben werden derzeit konkretisiert. Der Aufwand des Zweckverbandes wird durch das Innenministerium finanziell abgesichert. An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich diese Projektgruppe „nur“ mit den Belangen der Vermittlungsstelle beschäftigt. Über diese Vermittlungsstelle wird später jeglicher Datenaustausch zwischen den Standesämtern und anderen Beteiligten erfolgen.

Die elektronischen Register (Personenstandsregister und Sicherungsregister) sind nicht Bestandteil dieses Projektes, da dies im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung liegt. Im Gesetzentwurf steht eine Verordnungsermächtigung, um endgültig festzulegen, ob ein zentrales Sicherungsregister „verordnet“ wird. In einigen Bundesländern wird es nur ein zentrales Sicherungsregister geben. Der Zweckverband möchte unterstützend für die Standesämter in der Form tätig werden, dass möglichst zentrale Register geführt werden. Dies ist jedoch eine separate Aufgabe neben dem o. g. Projekt (Vermittlungsstelle). In dieser Frage wird der Verband die Standesämter in Kürze ansprechen. Bei evtl. konkreten Angeboten durch das DVZ zu zentralen Registern, empfehlen wir Rücksprache mit uns zu halten.

Die Geschäftsstelle sieht den Bereich des elektronischen Personenstandsregisters bzw. des Sicherungsregisters als herausragende Aufgabe des Verbandes im Interesse und im Zusammenwirken aller Mitglieder bzw. Standesämter. Der Vorstand befürwortet die Zusammenarbeit aller Standesämter um mit kostengünstigen Lösungen die Aufgaben zu bewältigen.

3. Mitgliederentwicklung

Nunmehr haben das Amt Banzkow und die Stadt Waren (Müritz) sowie das Amt Dorf Mecklenburg-Bad Kleinen ihren Beitritt zum Zweckverband erklärt und beschlossen. Die Stadt Neubrandenburg hatte noch diverse Fragen geäußert, die durch den Geschäftsführer beantwortet wurden. Die Stadtverwaltung bereitet nach unserem Kenntnisstand eine Beschlussvorlage für die Stadtvertretung vor. Der Zweckverband Radegast beabsichtigt noch im Juni eine Entscheidung zum Beitritt zu treffen. Folgende weitere Termine sind uns bekannt, wo eine Entscheidung über den Beitritt zum Verband getroffen werden soll:

02.06.2008 Amt Boizenburg-Land

04.06.2008 Zweckverband Grevesmühlen

09.06.2008 Amt Zarrentin

11.06.2008 Amt Löcknitz-Penkun

Am 08.05.2008 wurde ein Gespräch mit dem Amt Lützwitz-Lübstorf geführt um die Ziele und Leistungen des Verbandes näher zu bringen und für eine Mitgliedschaft zu werben. Es wurde vereinbart, dass die Geschäftsstelle die Aufgaben des Verbandes und die Vorteile bei einer Mitgliedschaft in der „Bürgermeisterrunde“ des Amtes vorträgt.

Das Amt Güstrow-Land hat ebenfalls die Geschäftsstelle gebeten den Verband im

Amtsausschuss vorzustellen. Dieser Termin wird noch im Juni stattfinden. Über einen Beitritt soll dann in einer der nächsten Sitzungen entschieden werden.

4. Stand der Projekte

a. SBZ Projekte

DLP

Das erste Projekt zum DLP, die Maßnahme „Musterkommune“ zur Umsetzung der Funktion Bürgerservice mit Anbindung an den Verwaltungswegweiser des DLP, ist erfolgreich abgeschlossen worden. Von dem Projekt sind 2.358,38 Euro nicht verwendet worden, sodass diese an das Innenministerium zurückfließen. Die Geschäftsstelle erstellt derzeit den Verwendungsnachweis, um das Projekt endgültig zum Abschluss zu bringen.

Beim zweiten DLP-Projekt, der Maßnahme „Anschluss weiterer Mitglieder des ZV an das DLP“ sind mittlerweile 18 bewilligten Kommunen angeschlossen. Neben dem Anschluss beinhaltet diese Maßnahme auch die Funktion „Verwaltungswegweiser im kommunalen Design“. Sie besteht aus den Teilen Softwareerstellung sowie rechentechnische Umsetzung für die beteiligten Mitglieder. Dieser Funktion ging wie gewohnt ein Pilotprojekt an einer Mitgliedskommune, hier dem Amt Neubukow-Salzhaff, voraus. Auf Grund von Verzögerungen bei der Erstellung der Spiegelung beim Pilotprojekt ist dieses erst Ende April fertig gestellt worden. Jetzt geht es darum, bei weiteren Mitgliedern, im Rahmen des Bewilligungsbescheides insgesamt 18, die Spiegelung zu vollziehen. Dazu findet am **26. Mai 2008** eine Informationsveranstaltung in Roggentin statt. Kernpunkte dieser sind die Vorstellung der Spiegelung am Beispiel des Amtes Neubukow-Salzhaff sowie die Darlegung der Voraussetzungen. Ggf. können dort schon Absprachen für die Spiegelung für weitere Mitglieder vorgenommen werden. Da die Umsetzung der Spiegelung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, hat die Geschäftsstelle einen Antrag auf Fristverlängerung bis zum 30.06.2009 gestellt.

Der Anschluss bisher noch nicht an das DLP angebundener Mitglieder bzw. der Anschluss neuer Mitglieder soll über die dritte dem Projekt DLP zugrunde liegende SBZ erfolgen. Der Maßnahmezeitraum endet am 31.12.2010.

Formulare

Das Projekt Formulare hat die Erstellung online ausfüllbarer Formulare zum Gegenstand. Die Geschäftsstelle rechnet damit, dass am Ende der Formularerstellung ca. 1.200 Formulare stehen. Derzeit umgesetzt sind 58. Weitere Formulare befinden sich derzeit in der Prüfung bzw. im Aufbau (Bereiche Ausländerwesen, Verkehrswesen, Gesundheitsamt sowie Fischerei). Über die Nutzungsmöglichkeiten können Sie sich auf der Webseite <http://www.mvnet.de/fms/nutzung.htm> informieren.

Neben der Formularerstellung wird an einer Lösung gearbeitet, die das direkte Versenden eines Formulars vom Bürger bzw. der Wirtschaft an die Verwaltung zum Gegenstand hat. Bislang ist nur das Abrufen eines Formulars über das Internet einschließlich des Ausfüllens und Ausdrucks mit anschließender postalischer Weiterleitung an die Verwaltung möglich. Die Lösung zum Konzept des direkten Versendens eines Formulars an die Verwaltung wird derzeit durch das Innenministerium und dem DVZ erarbeitet. Mit einer Fertigstellung dieser Thematik ist nach Aussage des Innenministeriums Mitte des 3. Quartals zu rechnen.

Zu der neuen Funktion „Versenden“ soll begleitend zum Nachlesen und zur Unterstützung für die Kommunen eine Website mit Informationen bereit gestellt werden. Sie finden diese Informationen nach der Fertigstellung der Lösung auf den Webseiten zum Formularmanagement <http://www.mvnet.de/fms> Sobald die Organisationslösung vorliegt, informieren wir Sie, wie es dann weitergeht. Sie können an der Formularerstellung in zwei Richtungen mitwirken:

- 1. Teilen Sie uns mit, welche Formulare Sie noch benötigen.**
 - 2. Übernehmen Sie die Inhaltliche Verantwortung für einzelnen Formulare oder sogar Formulargruppen?**
- Näheres dazu finden Sie im Infobrief Nummer 4 zu den Formularen.**

Nach entsprechenden Gesprächen im Innenministerium zu den Folgekosten zum Betrieb des Formularservers und zur Aktualisierung der Formulare konnte zwischenzeitlich eine erste Kalkulation als Entwurf vorgenommen werden. Bis voraussichtlich 2010 ist der jetzige Speicherplatz auf dem Formularserver ausreichend. Ab 2010 muss mit einem separaten Server gerechnet werden. Neben der Leitung der Redaktionsgruppe zur Erstellung der Formulare durch den Zweckverband werden wir auch den Betrieb des Formularservers übernehmen. Die technische Durchführung übernimmt für uns das DVZ. Nach einer ersten groben Kalkulation sparen die Nutzer des Formularpools erhebliche Kosten (bis zu ca. 60%) gegenüber einem anderen Formuldiensteanbieter ein.

DMS-Handlungsleitfaden

Entsprechend des Beschlusses des Vorstandes ist der Auftrag erteilt. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen und am 28.04.08 gemeinsam mit dem Auftragnehmer beraten. In dieser Arbeitsgruppe arbeiten Vertreter aus 8 Mitgliedsverwaltungen mit. Dabei wurden die Herangehensweise und der Zeitplan diskutiert und abgestimmt. Die Fertigstellung und damit Abgabe des Handlungsleitfadens ist für den 11.07.2008 vorgesehen. Danach würde der Teil 2 Auswahl, Installation und Einführung eines DMS in 1-2 Pilotverwaltungen beginnen.

Parallel dazu wird der Themenbereich Vernichtung von digitalisierten Dokumenten bearbeitet.

Es ist davon auszugehen, dass dieses Projekt im vorgesehenen Bewilligungszeitraum abgeschlossen wird.

EU – Projekt

Am 30.05.2008 wird der Antrag für ein EU Projekt abgegeben. Inhalt ist das Thema Gewerbe. Interessant für unsere Mitglieder ist der Bereich belegloses Anordnungswesen. Dabei ist Ziel, das eingehende Rechnungen digitalisiert werden und beim Erfassen der Meta-Daten im Hintergrund durch das jeweilige Fachverfahren die „Rohanordnung“ erstellt wird. Nach endgültiger Bearbeitung der Anordnung wird diese digital signiert und automatisiert mit der Rechnung in einem DMS abgelegt. Dadurch ist der Ausdruck der Anordnung nicht mehr notwendig. Parallel dazu soll mit dem Ministerium und den Gemeindeprüfungsämtern diese Thematik geklärt werden, dass entsprechende Regelungen in der Gemeindekassenverordnung ihren Niederschlag finden um damit eine Anerkennung dieser Verfahrensweise zu erreichen.

Konzept für ein Service Center

Im Rahmen des hierfür vorliegenden Bewilligungsbescheides wird derzeit durch die Geschäftsstelle unter Einbeziehung anderer die Aufgabenstellung erarbeitet. Danach erfolgt die Ausschreibung und Vergabe zur Erstellung des Konzeptes. Für dieses Projekt wurde eine Fristverlängerung bis 31.12.2008 beantragt und zwischenzeitlich auch gewährt. Sehr gern nimmt die Geschäftsstelle Vorschläge durch die Mitglieder entgegen, welche Leistungen durch den Verband erbracht werden sollen. Dabei auch Leistungen die gemeinsam durch mehrere Mitglieder genutzt werden können.

Bitte sprechen Sie uns an, wenn Sie hier mitarbeiten wollen.

Rahmensicherheitskonzept

Für dieses Konzept liegt nunmehr die zweite Version vor. Es werden entsprechende Hinweise zur erneuten Überarbeitung an den Auftragnehmer gegeben. Dazu wird es eine Abstimmung am 22.05.2008 in Roggentin geben. Das Amt Züssow hatte sich bereit erklärt die 2. Version ebenfalls durchzuarbeiten und aus Sicht eines späteren Anwenders Veränderungsvorschläge zu unterbreiten. Somit kann auch dieses Projekt im vorgesehenen Bewilligungszeitraum abgeschlossen werden.

IT Musterkommune

Im Amt Neubukow-Salzhaff sind noch 2 Einsätze durch den Auftragnehmer erforderlich, die bis Ende Mai abgeschlossen sein sollen. Dadurch ist es dem Amt Neubukow-Salzhaff möglich gewesen an Hand des IT Musterkonzeptes eine Investitionsentscheidung zur Erneuerung des gesamten IT Systems unter Auswahl verschiedener Varianten zu treffen. Die Abnahme der EDV-Umstellung erfolgt noch im Monat Mai. Somit kann dieses Projekt ebenfalls Endabgerechnet werden. Bitte sprechen Sie uns oder Frau Mazewitsch vom Amt Neubukow-Salzhaff an, wenn Sie das Konzept auch nutzen wollen.

b. EFRE

Mit Herrn Holsten und Herrn Dr. Siraf (IM) wurden die ersten Projektideen besprochen. Es handelte sich um ein zentrales Fundsachenregister als Dienst und den Bereich eGewerbe. Beide wurden als mögliche förderfähige EFRE Projekte charakterisiert.

eGewerbe

Hier ist noch eine umfangreiche Abstimmung vorzunehmen und Details zu klären die im Rahmen des EFRE Projektes umgesetzt werden sollen. Deshalb wird voraussichtlich zu diesem Thema ein Antrag für den Herbst 2008 mit Projektbeginn Januar 2009 vorbereitet.

Zentrales Fundsachenregister als Webdienst

Für dieses Projekt ist eine Aufgabenstellung erarbeitet. Auf dieser Grundlage sind Kostenschätzungen eingeholt worden, um im Antrag entsprechende Angaben zur Finanzierung vornehmen zu können. Dabei sind vier Abschnitte vorgesehen, von denen die ersten zwei noch im Jahr 2008 realisiert werden sollen. Die anderen Bereiche sind dann für das Jahr 2009 vorgesehen.

Bei den einzelnen Abschnitten handelt es sich um:

1. Organisationskonzept für diesen Dienst
 - Prozessanalyse
 - Recherche

- Rechtliche Würdigung (wer ist zuständig, welche Daten dürfen erfasst werden, Abgabe der Fundsachen usw.)
 - Kann/darf Finder Fundsachen einstellen, in welcher Frist sind sie der zuständigen Behörde durch den Finder zu übergeben
 - Wie kann der Dienst bereitgestellt werden?
 - Wie werden die Zugriffsmöglichkeiten realisiert?
 - Kann auf ein Fachverfahren verzichtet werden?
2. IT-Konzept zur späteren Realisierung und Umsetzung
- Konzeptionelle Darstellung zur Erstellung des Dienstes
 - Darstellung der Arbeitsweise des Dienstes
 - Wer „arbeitet“ damit
 - Einbindung des Dienstes ins Dienstleistungsportal des Landes
 - Einbindung in die kommunalen Webseiten als Bürgerdienst/Bürgerservice
3. Umsetzung IT-Lösung
- Erstellung der Komponente
 - Installation und Erprobung in 2-3 Pilotverwaltungen
 - Anpassung des bereits o.g. Betriebskonzeptes in seine endgültige Fassung
4. Roll out
- Marketing

Zu klären ist die Finanzierung. Der lt. Richtlinie aufzubringende Eigenanteil in Höhe von 25% kann durch den Verband nicht erbracht werden. Hier ist zu prüfen inwieweit SBZ Mittel bereitgestellt werden können, oder 100% über EFRE gefördert werden. Es ist mit einem Gesamtumfang der Maßnahme in Höhe von ca. 200.000 EURO auszugehen.

5. Vortrag Kreishandwerkerschaften (Landesausschusssitzung)

Die Kreishandwerkerschaft ist an die Geschäftsstelle herangetreten und hat um eine Vorstellung des Verbandes und Darstellung möglicher Synergieeffekte für die Handwerkerschaft durch den Verband gebeten. Herr Anders hat vor dem Landesausschuss der Kreishandwerkerschaften am 15.05.2008 in Sparow einen Vortrag gehalten.

6. Seminarangebot des Verbandes

Die Geschäftsstelle hat ein Seminar zum Thema: „Rechtskonformes Verwaltungshandeln durch elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung“ organisiert. Da sich einige Verwaltungen mit der Einführung von DMS beschäftigen bzw. seit kurzer Zeit eingeführt haben, ist ein entsprechender Bedarf zu verzeichnen. Das Seminar findet am 02.06.2008 in Roggentin statt.

7. CMS des Landes

Es liegt ein erstes Angebot vom DVZ für die Nutzung des CMS auf dem Server des DVZ vor. Demnach würden die monatlichen Kosten ca. 50 bis 100 € für den Speicherplatz betragen. Hier werden weiterhin Gespräche/Verhandlungen zwischen ZV-IM-DVZ geführt. Die Mitglieder werden bei Neuigkeiten entsprechend informiert.

8. Automatisierter Abruf von Liegenschaftsdaten (ALB/ALK)

An den Verband ist die bitte um Unterstützung bei dem automatisierten Abruf von Liegenschaftsdaten herangetragen worden. Initiator war die GISAL Anwendergemeinschaft. Hintergrund ist die physische Bereitstellung der ALB/ALK Daten für die Verwaltungen. Eingebunden sollte ein automatisierter Abruf werden, der das Versenden per Mai bzw. auf Datenträger ersetzt. Grundlage für diese Überlegung ist eine entsprechende Verordnung aus dem Jahr 2007. Hierzu hat es eine Vielzahl von Gesprächen zwischen den unterschiedlichsten Akteuren gegeben. Da die

Handhabung und die Kooperation der Akteure zur Bereitstellung der Daten in den Landkreisen sehr unterschiedlich ist, sind hier noch weitere Gespräche notwendig.

9. Softwarebeschaffung für die Mitglieder

Es ist von Mitgliedern das Anliegen an den Verband herangetragen worden auch im Bereich der Softwarebeschaffung und des Supports tätig zu werden. Dieser Wunsch wird derzeit intensiv geprüft. Dieses Verfahren könnte erhebliche Einsparungen für unsere Mitglieder mit sich bringen. Weiterhin könnte es die Mitglieder von der Ausschreibungspflicht bei Software befreien. Nach entsprechender Prüfung und Fortschritten bei unseren Überlegungen werden wir informieren.

10. Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Das Landwirtschaftsministerium hat den Zweckverband gebeten die Koordination für die Versorgung mit Breitband im ländlichen Raum zu übernehmen. Dabei wird der Verband von einem Externen der die Sach- und Fachkunde besitzt unterstützt. Derzeit wird die Finanzierung geklärt. Im Anschluss daran werden regionale Informationsveranstaltungen durchgeführt zu der alle Haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister eingeladen werden. Hintergrund ist, dass der Bund und das Land MV die „Wirtschaftlichkeitslücke für Investitionen potentieller Anbieter von Breitbandlösungen mit 60% fördert. Der Wehmutstropfen ist der, dass die Gebietskörperschaften den 40%igen Eigenanteil stellen müssen. Voraus geht dieser Aktion eine Bedarfsabfrage bei allen Privaten und Gewerblichen.

Die Geschäftsstelle